

Vom ersten Halbjahr 1948 zum ersten Halbjahr 1949 betrug der Rückgang der Kriminalität 27,7 %, vom zweiten Halbjahr 1948 zum zweiten Halbjahr 1949 betrug der Rückgang sogar 31,9 %. Es ist weiterhin eine stetig anhaltende Verminderung der Kriminalität, vor allen Dingen auch der Jugendkriminalität, festzustellen. Die Verwirklichung des von der Volkskammer verabschiedeten Jugendförderungsgesetzes wird noch wesentlich die Jugendkriminalität vermindern. Die bedeutende Verminderung der allgemeinen und der Jugendkriminalität in der Deutschen Demokratischen Republik zeigt, daß die Lebenslage der werktätigen Bevölkerung sich ständig verbessert hat und daß sich die demokratische Ordnung steigernd festigt.

Die Verfahren wegen Taten nach Artikel III A III der Direktive 38, d. h. wegen neofaschistischer und militaristischer Betätigung, haben sich nicht weiter erhöht. Kennzeichnend aber ist, meine Damen und Herren, daß nur in Brandenburg sich die Fälle vermehrt haben, bedingt durch die Nähe Westberlins.

Die Analyse der Straftaten und des Strafmaßes zeigt, daß die Gerichte und Staatsanwaltschaften immer klarer die harte Bestrafung der Wirtschaftsverbrechen, Sabotage und Angriffe auf das Volkseigentum als die Schwerpunkte ihrer Arbeit erkennen, die neuen demokratischen Gesetze hart und gerecht anwenden und die demokratische Gesetzlichkeit ständig steigern.

Ich verweise auf die enge und erfolgreiche Zusammenarbeit der demokratischen Justiz mit der Volkspolizei, der Kontrollkommission und den Volkskontrollausschüssen.

Durch die enge Zusammenarbeit der Justiz mit dem neugeschaffenen Ministerium für Staatssicherheit wird eine weitere Festigung der demokratischen Gesetzlichkeit der Deutschen Demokratischen Republik erfolgen.

Die demokratische Justiz der Deutschen Demokratischen Republik hat sich nicht nur durch ihre Rechtsprechung, sondern auch durch ihre aufklärende, belehrende und vorbeugende Tätigkeit im steigenden Maße das Vertrauen der Bevölkerung erworben. Während in Westdeutschland die werktätigen Massen gegen die reaktionäre Justiz auf den Straßen demonstrieren müssen, haben in den letzten fünf Monaten über 40 000 Bürger der Republik an den Justizgesprächen und Rechenschaftsberichten der Gerichte teilgenommen.

Bei selbstkritischer Feststellung noch vorhandener Mängel und Schwächen dürfen wir trotzdem feststellen, daß die in der Deutschen Demokratischen Republik entwickelte demokratische Justiz vorbildlich für die Neugestaltung der Justiz in Gesamtdeutschland ist. Die in Deutschland stets vorhandene, permanente Vertrauenskrise der Justiz wird durch die Entwicklung der demokratischen Justiz in der Deutschen Demokratischen Republik endgültig, und für immer beseitigt.

Ich darf abschließend, meine Damen und Herren, Ihre Aufmerksamkeit auf die Konsequenzen lenken, die die Adenauer-Regierung und die rechte sozialdemokratische Parteiführung aus dem Hedler-Prozeß und aus den Massenprotesten der werktätigen Bevölkerung in Westdeutschland ziehen will. Es handelt sich um geplante Maßnahmen, die für die weitere justizpolitische Entwicklung in Westdeutschland gefährliche antidemokratische Auswirkungen haben müssen.

Statt die einzig mögliche Konsequenz aus der antidemokratischen Justiz in Westdeutschland zu ziehen, statt die konsequente Säuberung der Justiz von ehemaligen Nazis und Reaktionären auf Grund der Kontrollratsbeschlüsse zu fordern, statt Männern und Frauen aus dem Volke den Weg zum Richteramt durch die Errichtung neuer juristischer Ausbildungsstätten zu ermöglichen, statt für das Recht der Abberufung

antidemokratischer Richter einzutreten, beabsichtigt Dr. Schumacher, ein sogenanntes Schutzgesetz zu schaffen. Genau so, wie der Rathenau-Mord seinerzeit die Begründung für das Republikenschutzgesetz lieferte, das die Reaktion zur Niederhaltung aller demokratischen Kräfte und zur Errichtung der nazistischen Diktatur brauchte, will auch die rechte SPD-Führung den Fall Hedler zur Begründung für das neue Schutzgesetz ausschlagen. Die SPD-Führung beabsichtigt also, die Richter in Westdeutschland, deren Mehrzahl nachweislich heute noch nazistisch und militaristisch eingestellt ist, mit der gefährlichen Waffe eines Schutzgesetzes auszurüsten. Daß die reaktionäre Justiz in Westdeutschland dieses Schutzgesetz nicht gegen die Hedler anwenden wird, dürfte der SPD-Führung allein das Schandurteil von Neumünster bewiesen haben.

Nach dem Stand der Justiz in Westdeutschland kann kein aufrechter Demokrat daran zweifeln, daß dieses geplante Schutzgesetz in dem westdeutschen Separatstaat dieselbe Funktion zu erfüllen haben wird wie das Republikenschutzgesetz in der Weimarer Demokratie, nämlich die eines Kampf- und Unterdrückungsinstrumentes gegen die demokratischen Kräfte des werktätigen Volkes in den Händen einer besitzenden Minderheit, die den Staat lenkt.

Die „Neue Zeitung“, das Sprachrohr der amerikanischen Besatzungsmacht, fordert wörtlich „eine Stärkung und Anpassung der gesetzlichen Fundamente an den Wandel der Zeiten“. Das Blatt fordert, daß man sich auch wirksam gegen die Hedler von links schützen müsse. Das ist es also, meine Damen und Herren, worauf man hinaus will. Das Schutzgesetz der SPD-Führung, das ist die von der amerikanischen Besatzungsmacht geforderte „Stärkung und Anpassung der gesetzlichen Fundamente an den Wandel der Zeiten“. Mit dem Schutzgesetz leistet die sozialdemokratische Parteiführung dem westdeutschen Monopolkapitalismus und seiner Regierung den besten Handlangerdienst.

Die Folgerungen, die die Bonner Marionettenregierung aus dem Hedler-Urteil zieht, liegen auf der gleichen antidemokratischen Ebene. Um die berechtigte Kritik der demokratischen Bevölkerungskreise Westdeutschlands zum Schweigen zu bringen, wird in Zukunft mit Strafanträgen gegen alle Antifaschisten vorgegangen werden. Der Justizminister von Nordrhein-Westfalen begründet diesen Anschlag auf die freie Meinungsäußerung damit: „weil die Demokratie gefährdet ist, wenn man einen Angriff auf die Justiz duldet“. Die Adenauer-Regierung wird sich mit dem verabschiedeten Bundesverfassungsgericht das Machtmittel schaffen, mit dessen Hilfe sie der ständig wachsenden Kraft der demokratischen und fortschrittlichen Bevölkerung Westdeutschlands Herr zu werden versucht. Das Bundesverfassungsgericht wird der wirkliche Souverän dieses autoritären Bürokratiestaates werden. Der Justizminister der Separatregierung hat angekündigt, daß es die erste Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts sei, über die Verfassungsmäßigkeit der Kommunistischen Partei in Westdeutschland zu entscheiden. Ferner wird man die Verkünder und Anhänger des Aktionsprogramms der Nationalen Front des demokratischen Deutschland mit Hilfe dieses Verfassungsgerichtshofes der reaktionären westdeutschen Justiz zu übergeben versuchen.

Ich glaube, meine Damen und Herren, wir nehmen diese provozierenden Absichten zur Kenntnis und werten sie nur als das, was sie faktisch sind: ein Zeichen der Schwäche und der Angst vor der großen nationalen Massenbewegung, die unter der Fahne der Nationalen Front des demokratischen Deutschland auch in Westdeutschland von Tag zu Tag wächst. Das Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland fordert in Ab schn. II Punkt 4 die strikte Unterbindung